

NRW / Krefeld

VORWURF

Streit um Gutachten zum geplanten Surfpark in Krefeld

16. Februar 2023 um 11:17 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



Foto: Kauth&Von Buch Architekten

Krefeld. Ratsfrau Althoff wirft der Verwaltung in Krefeld vor, eine Bewertung der Energiesituation rund um das Projekt am Elfrather See bewusst zurückzuhalten. Die Stadt reagiert.

Von [Olaf Kupfer](#)

Die Krefelder Ratsfrau Björna Althoff (Klimaliste) wirft der Krefelder Verwaltung vor, ein von ihr selbst über den Umweltausschuss in Auftrag gegebenes Energiegutachten zum angedachten Surfpark am Elfrather See zurückzuhalten. Die Verwaltung sieht das anders – und will das Gutachten bald zur Verfügung stellen.

Althoff hatte herauszufinden versucht, ob der Energieaufwand für den Surfpark mit den Energiereduktionszielen der Stadt kompatibel sein könne. Und ob die Stadt Kompensationsmaßnahmen für den „Mehrverbrauch“ plane. In der Anfrage für ein „maximal vierseitiges Gutachten“ fragte Althoff, welche Maßnahmen für eine Klimaneutralität notwendig seien, ob die Energiewende global und national ausreichend umgesetzt werde und ob weitere Energieverbräuche zur Verzögerung der Energiewende führen würden. Und sie wollte wissen, ob für den Energiemehrbedarf „weitere Maßnahmen zusätzlich zum heutigen Maßnahmenbedarf“ notwendig seien – selbst dann, wenn der Surfpark mit Ökostrom betrieben würde. Althoffs Erkenntnis aus dem Klimateam vom Dienstag: Das Gutachten liegt der Stadt seit Mitte Dezember 2022 vor. Es sei aber weder an die Ratsleute verschickt noch im Klimateam thematisiert worden, „obwohl die Verwaltung im Juni 2022 parlamentarisch mehrheitlich dazu beauftragt“ worden sei, so Althoff. Andere Gutachten würden „sehr zügig weitergeleitet“. Ohnehin funktioniere Weiterleitung nur bei „für die Verwaltung positiven Themen“. Es herrsche „Ungleichbehandlung“ unter den Ratsleuten. Auch CDU-Ratsherr Peter Vermeulen kritisierte, der Vorgang zeige „entweder eindrucksvoll, wie langsam in der Verwaltung gearbeitet wird, oder aber, dass die Ergebnisse des Gutachtens der Verwaltung nicht passen. Beides ist skandalös.“

Die Verwaltung hingegen sieht die Dringlichkeit der Ratsfrau nicht. „Eine zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen abgestimmte Verwaltungsvorlage, die das Gutachten enthält, wird in den nächsten Ausschuss für Klima, Umwelt, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft am 15. März eingebracht, der hier fachlich zuständig ist“, teilte Sprecher Christoph Elles mit. Und weiter: „Das entspricht der in solchen Fällen üblichen Verfahrensweise.“
